

Bewerbung für die Wahl zum Landesvorstand DIE LINKE. NRW am 21.06/22.06 2014



Ernst Goldbeck, geb. 24.10.1952 Wohnort: Ibbenbüren, Sprecher KV Steinfurt

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchte ich mich für die Wahl als Beisitzer zum Landesvorstand bewerben.

Ich bin in unserer Partei seit 2008 aktiv und gehöre keiner Strömung an. Anlässlich der Kommunalwahl 2009 gelang in meiner Heimatstadt Ibbenbüren auf Anhieb der Einzug in Fraktionsstärke in den Rat der Stadt. Die Leitung der Fraktion habe ich erfolgreich über die gesamte Wahlperiode durchgeführt.

Die größten Erfolge der Fraktion waren, weil die Ratsbeschlüsse auf unseren Antrag hin erfolgten: Gründung einer Gesamtschule, Entfernung aller Direktbestellmöglichkeiten bei Amazon auf der Website der Stadtbücherei. Ferner waren wir sehr erfolgreich beim Widerstand gegen die RWE Beteiligung an den Ibbenbürener Stadtwerken. Zum großen Verdruss der RWE Mächtigen mussten die Manager zugeben, dass das Steinkohle Kraftwerk Ibbenbüren seit Jahren keine Gewerbesteuer zahlt. Durch meine Recherche wurde RWE zu diesem Eingeständnis gezwungen. Die Bevölkerung im Tecklenburger Land sieht RWE seither wesentlich kritischer.

Die Arbeit der Fraktion kam bei den Menschen so gut an, dass wir bei der Kommunalwahl 2014 Stimmen hinzu gewinnen konnten. In Ibbenbüren liegen wir mit einem Stimmenanteil von 4,9% über dem Landesdurchschnitt.

4 Jahre war ich Vorsitzender der Landesfinanzrevisionskommission.

Meine Stärken: Zuverlässigkeit, Ausdauer, Konfliktbereitschaft, rhetorische Begabung.

Meine politischen Schwerpunkte sehe ich in der Arbeitsmarkt- Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Ich meine, dass die derzeitige Wirtschaftsordnung ursächlich ist für die gesamte Schiefelage unserer Gesellschaft. Privatisierungen nehmen zu. Reich wird immer reicher. Arm wird immer ärmer. Schon lange ist es für viele Menschen nicht mehr möglich ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit zu sichern. Das ist einer der größten gesellschaftlichen Skandale unserer Zeit. Die etablierte Politik, unterstützt von den Medien, verbreitet unbeachtet dieser Realitäten dennoch das Märchen vom Wohlstandsland Deutschland. Die Arbeitslosenquote z. B. sagt nichts mehr über den Grad an Wohlstand in Deutschland aus. Wir sind weiter denn je davon entfernt durch Arbeit Wohlstand zu erzielen. Daran wird auch der voraussichtlich 2015 eingeführte Mindestlohn nichts ändern. Er ist zu niedrig. Zu viele Menschen werden vom Bezug ausgeschlossen.

Viele Menschen kennen diese Zusammenhänge und leiden darunter. Dennoch gelingt es unserer Partei nicht ausreichend, die Menschen zu mobilisieren. Sie auf die Strasse zu bringen. Sie motivieren zu den Wahlen zu gehen ist die Aufgabe der Zukunft. Wir müssen die Zusammenarbeit mit NGO's wie Attack, Campact, Greenpeace, Occupy u.a. weiter ausbauen und intensivieren. Der Parlamentarismus allein kann diese Gesellschaft nicht verändern. Der Druck muss von der Strasse kommen. Die elektronischen Medien sowie das Internet gehören zur „Strasse“ und sind deshalb den Möglichkeiten Protest zu artikulieren hinzuzurechnen.